

Themenvorschlag von Angelika Beer für die JEF-Europawerkstatt

Ausgehend von der Analyse des derzeitigen politischen Systems als postdemokratisch verkrusteter Dauerkrisenverwaltung, beschreibt das folgende Paper den politisch-organisationellen Ansatz der *Piratenpartei Deutschland* als den einer partizipatorisch-direkt-demokratischen „Mitmachpartei“, die über Tools (post-)moderner sozialen Medien alle Interessierten in Entscheidungsprozesse einbezieht.

Auf der Grundlage der hier entwickelten Überlegungen kann auf der Europawerkstatt darüber diskutiert werden, welche Probleme und Chancen diesen Ansatz bzw. dieses Verständnis begleiten und inwiefern eine „Mitmachpartei“ eine Perspektive auch für die europäische Demokratie bieten kann.

Die „Mitmachpartei“ als Perspektive für die Demokratie?

Ein Themenvorschlag von Angelika Beer, MdL, Piratenpartei Schleswig-Holstein, Deutschland

Gefangen in der Dauerkrise dieser „bleiernen Zeit“

Ich möchte zunächst die These aufstellen, dass wir – oder die Mehrheit der Menschen zumindest in Europa – zurzeit das Gefühl haben, dass nichts mehr nach vorne geht, dass eine Krise die andere ablöst, und dass die nächste, die kommt, womöglich größer und bedrohlicher ist als die vorangegangenen. Wir leben in einer „bleiernen Zeit“, in der die Lasten unserer Taten so schwer auf unseren Schultern liegen, dass wir uns kaum trauen, radikale Alternativen zu entwickeln, die aus der derzeitigen Dauerkrise herauszuführen vermögen. In unserer „aufgeklärten“ Gesellschaft praktizieren wir täglich eingeübte Mechanismen, um erlebte Krisen zu relativieren und und künftig kommende geflissentlich zu ignorieren. Diese Analyse wird von vielen Menschen geteilt und es existiert umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu verschiedenen Erklärungsansätzen dafür.

Vor über 30 Jahren, also noch bevor ich Mitbegründerin der Grünen in Deutschland war, haben wir begonnen, uns zu wehren. Wir wollten Kriege und die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie einfach nicht länger akzeptieren. Mit Phantasie und Energie haben wir weit über Deutschland hinaus Widerstandsformen entwickelt: Demonstrationen, Menschenketten, direkte Aktionen; wir haben diskutiert und aufgeklärt. Die Anti-AKW-Bewegung hat eine gesellschaftliche Mehrheit gegen AKWs mobilisiert – und trotzdem haben die Regierungen letztendlich anders entschieden und sind dafür nicht einmal bei Wahlen „abgestraft“ worden. Diese antidemokratische und doch so urdemokratische Tendenz, Widerstand in das System zu assimilieren und in einer liberalen Atmosphäre der Meinungsfreiheit letztendlich nicht nach dem Willen der Mehrheit, sondern nach dem Willen der Mächtigsten zu handeln, pflanzte sich bis heute fort.

Wo stehen wir heute? Tschernobyl – das ist für die heute junge Generation allenfalls noch ein vager Begriff, über die realen Folgen des europäischen GAUs wird weitestgehend geschwiegen. Dass auch heute noch Kinder aus den am stärksten betroffenen Gebieten bei uns Ferien machen, wird in regionalen Zeitungen gefeiert – das war's. Nur schleppend haben sich wenige Regierungen über den Atomausstieg Gedanken gemacht, viel zu lange haben sie Restlaufzeiten als Fortschritt verkauft, die dann auch noch unter politisch anderen Konstellationen revidiert und verlängert wurden.

Derzeit ist abzusehen, dass auch der GAU in Fukushima in ähnlich diplomatischer Verpackung von Jahr zu Jahr relativiert wird. Während die akute Gefahr noch längst nicht gebannt ist und sich die ersten Langzeitfolgen bereits bemerkbar machen, fährt man in Japan neue Atomkraftwerke hoch und das weltweite Problem der nuklearen Strahlung steht nicht wirklich auf der politischen Tagesordnung. Erst auf breiten öffentlichen Druck nach der Katastrophe in Japan hin hat die schwarz-gelbe Regierung in der Bundesrepublik den Weg zurück zum Atomausstieg beschlossen.

Und damit stehen wir auch schon vor dem nächsten Phänomen: Die Energiewende in Deutschland, die eigentlich alle wollen, wird unser Land massiv verändern. Es müssen neue Stromtrassen von Nord nach Süd gebaut werden, Windparks an Land und auf See verändern die ganze Region, Kosten werden entstehen, die der Steuerzahler zu begleichen hat. Und schon gründen sich landauf, landab Bürgerinitiativen, die zwar die Energiewende wollen – aber bitte nicht bei sich vor Ort.

Die etablierten Parteien wurschteln vor sich hin, die Furcht vor echter Bürgerbeteiligung wächst und die mächtigen Energiekonzerne betreiben währenddessen erfolgreichen Lobbyismus, um ihre eigenen Interessen im Rahmen der Energiewende durchzusetzen. Im Effekt bedeutet dies einen Stillstand, ein gelähmtes Rutschen von einer Krise in die nächste, ohne radikale Alternativentwicklungen aufzuzeigen und zu entwickeln, die aus dieser Dauerkrise herausführen könnten.

Dabei ist und bleibt die „zivile Nutzung“ der Kernenergie nur eins von vielen Beispielen für die Lähmung des politischen Apparates. Wir könnten genauso gut über Afghanistan reden, über Libyen, über Ruanda, Mali, über die immer größere Schere zwischen Reichtum und Armut, die Eurokrise, den demographischen Wandel oder die tiefen Einschnitte in den Sozialsystemen Europas, denen täglich mehr Menschen zum Opfer fallen und vieles, vieles mehr. Diese Abstumpfung in Politik und Gesellschaft führt u.a. dazu, dass jährlich 1000 Menschen vor den Grenzen Europas ertrinken – und wir schauen dabei untätig zu und nehmen zur Kenntnis, dass deren Überreste rechtzeitig bei Seite geschafft werden, um gut bezahlende Touristen nicht vom Baden abzuhalten.

Was sind die Ursachen für die Lähmung des politischen Apparates, die Ohnmacht dieser bleiernen Zeit? Wie wäre sie zu überwinden, inwiefern existieren Möglichkeiten, das derzeitige demokratische System weiterzuentwickeln, ohne dass es zu einem radikalen und brutalen Schnitt mit noch mehr Opfern als bisher kommen muss?

Wo bleiben Reformen stecken und was lässt sich dagegen tun?

Es lohnt, zu hinterfragen, wo und warum die Reformen, die es ja durchaus gibt, stecken bleiben: Rentenreform, Schulreform, Gesundheitsreform – um nur einige zu nennen. In der öffentlichen Wahrnehmung werden sie kaum verstanden, sie wirken nicht so, als seien sie von einer klaren Vision geprägt. Vielmehr scheint es, die Politiker und Politikerinnen der etablierten Parteien kämpften vor allem um ihren Machterhalt bzw. ihre Machtrückeroberung. Reformen haben in diesem Kontext für die Menschen meist den bitteren Beigeschmack von Verschlechterung der eigenen Lebensbedingungen. Auch dies ist ein Grund dafür, dass unsere Demokratie wirklich bedroht ist: Die Mehrheit der Menschen geht nicht mehr zu Wahlen, zieht sich zurück, ist gleichgültig bis verbittert. „Die Politik“ wird als Bedrohung wahrgenommen – Menschen sehen für sich keinen Ansporn, aktiv mitzugestalten, nörgeln und wehren sich eher. Und wenn sie doch aktiv werden, jenseits etablierter Parteienstrukturen, werden sie als „Wutbürger“ diffamiert.

Es gibt in Deutschland eine Partei, eine junge Partei, die es 2011 und 2012 vermocht hat, nicht nur ihre Mitgliederzahl zu verdreifachen, sondern auch bisherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler im großen Stil zur Stimmenabgabe zu mobilisieren. Diese Partei, die Piratenpartei, der ich seit 2009 angehöre, ist eine internationale Partei. Die Piratenpartei Deutschland gibt es seit 2006 – und inzwischen ist bekannt, dass wir nicht bloß die „Partei der Nerds“ sind, sondern dass wir einen ernstzunehmenden Ansatz verfolgen, das sich reproduzierende System aufzubrechen und eine politische Kultur der Einbindung aller Interessierten in Entscheidungsprozesse zu etablieren. Wir Piraten nutzen dazu diverse Werkzeuge, um uns auf allen Ebenen zu vernetzen und auszutauschen. Die Prinzipien von Transparenz und Basisdemokratie sind die Grundpfeiler unserer Politik und wurden niedergelegt im „Kodex der Piraten“,¹ der uns in unserem Grundverständnis eint.

1 Siehe <http://www.angelika-beer.de/wp-content/uploads/2011/11/Kodex-der-Piraten.pdf>.

Ohne an dieser Stelle näher auf die Programmatik der Piratenpartei eingehen zu wollen, möchte ich die Frage in den Raum stellen, warum diese Partei demokratisch derart erfolgreich ist, aus dem Stand heraus derart zu mobilisieren vermag. Bietet sie einen Ansatz, die bleierne Schwere der Dauerkrise zu überwinden, bietet sie den Bürgerinnen und Bürgern eine demokratische Perspektive, die aktuelle Lähmung aus eigener Kraft überwinden zu können? Angenommen, dies ist tatsächlich der Grund für den Erfolg der Piratenpartei – warum ist das dann so? Was zeichnet die Piratenpartei aus, was andere, etablierte Parteien nicht zu bieten vermögen, wo sie es doch so sehr versuchen?

Das Internet und die sozialen Medien sind mittlerweile ein Faktor realer Politik und gesellschaftlichen Wandels geworden. Die Rolle der sozialen Medien war entscheidend im sogenannten „Arabischen Frühling“: In Zeiten des Internets können sich Diktatoren nicht mehr vor der Veröffentlichung ihrer grausamen Werkzeuge der Unterdrückung schützen. Egal ob Verfolgung oder Folter, Hinrichtung, Erschießung – in Sekunden sind Bilder und Videos in weltweitem Umlauf und lösen Reaktionen aus. Diese Form von Transparenz muss von den (noch) Herrschenden als Bedrohung angesehen werden. Aber sie können sie durch Zensurmaßnahmen nicht verhindern. Richtig ist aber auch, dass – obwohl soziale Netzwerke wesentlich zum Sturz von Diktaturen beitragen können – sie (noch) nicht ausgereift genug sind, den Aufbau demokratischerer Gesellschaften richtungsweisend zu beeinflussen. Hier sehen wir eine große Herausforderung, neue, solidarische und kompetente Strukturen zu schaffen, die nicht diktieren, sondern verschiedenste Erfahrungen zusammentragen, um wohl überlegte Schritte gemeinsam zu gehen. Diese demokratische „Schwarmintelligenz“ nutzen wir nicht nur bei der Frage der Programmgestaltung unserer politischen Ziele. Sie kann viel mehr, sie kann etwa auch helfen beim Aufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen, die von der Bevölkerung entwickelt, getragen und gestaltet werden.

Dieser „bottom-up-Ansatz“ ist unsere Alternative zum traditionellen „top-down“-System: Die Piratenpartei ist eine „Mitmach-Partei“, gewissermaßen eine klassische Partei, die geschickt die neuen Techniken nutzt, um direktdemokratische Möglichkeiten zu ihrem Grundelement zu machen und so repräsentative und direkte Demokratie zu vereinen. Die Entwicklung und Rolle der sozialen Medien in der Gesellschaft ist so oder so nicht mehr zu stoppen, es gilt nun, sie demokratisch aufzugreifen, sie dauerhaft für die demokratische Entscheidungsfindung fruchtbar zu machen und sie zu nutzen, um so die oben skizzierte bleierne Lähmung des politischen Systems zu überwinden.

Um etwas näher zu konkretisieren, wovon genau im Einzelnen eigentlich die Rede ist, möchte ich hier die wichtigsten neuen Tools der Piratenpartei kurz vorstellen:

- Piratenwiki: Im Wiki führen wir online Debatten und dokumentieren deren Ergebnisse, hier finden sich außerdem alle Protokolle aller Sitzungen aller Gliederungen der Partei.
- Mumble: Wir nutzen einen gemeinsamen Server und ein Sprachkonferenzprogramm, das es allen Arbeitsgruppen ermöglicht, Sprachkonferenzen kostenlos online abzuhalten – egal, wo auf der Welt sich ein Pirat gerade aufhält,
- Livestream: Alle Sitzungen, die *real life* stattfinden, werden online gestreamt und sind über die Websites öffentlich. Parallel dazu gibt es
- Piratenpads: Das sind Onlinedokumente, die von mehreren Piraten gleichzeitig bearbeitet werden können. Hier wird z.B. in Teamwork das Protokoll einer Sitzung erstellt und es anderen ermöglicht, im Chat an der Diskussion teilzunehmen.
- Twitter: Ein Online-Kurznachrichtendienst, der von vielen Piraten genutzt wird, um Kurznachrichten schnell und unkompliziert auszutauschen.
- Liquid Democracy („flüssige Demokratie“) bzw Liquid Feedback) ist eine Online-Software, in der Piraten Anträge formulieren, die dann im Netz diskutiert werden und nach Durchlaufen bestimmter Stadien schließlich in die Abstimmung gehen.

Diese Übersicht ist nicht vollständig, deutet aber an, dass wir in der Lage sind, in kürzester Zeit einen umfassenden, nachhaltigen und vor allem verbindlichen Meinungsbildungsprozess in Gang zu setzen und auch zum Abschluss zu bringen. So kann die Piratenpartei eine Partei der Bewegung sein, in der die Beteiligten selbst Visionen und Ideen entwickeln und diese dann gemeinsam umsetzen.

Oft wird die Frage gestellt, ob wir die neuen Grünen oder die neue FDP sind - eben nur mit dem Unterschied, dass wir das Internet benutzen. Und die Antwort ist ganz einfach: Nein, das sind wir nicht, und wir sind ideologisch auch nicht in eine Schublade zu stecken. Wir sind weder links, noch rechts. Wir sehen uns dem Grundgesetz verpflichtet. Das heißt z.B. wir lehnen einen Fraktionszwang ab, weil wir als Abgeordnete nach unserem eigenen Gewissen entscheiden. Und auch das Internet ist kein Selbstzweck, sondern ein zeitgenössisches gesellschaftlich relevantes Medium, dem sich auch die Demokratie nicht verschließen darf - vor allem nicht angesichts ihrer existenziellen Krise.

Ebenso wird oft behauptet, die Piratenpartei hätte kein Programm. Es ist richtig, dass wir viele Fragen haben, zu denen wir neue Antworten suchen. Aber es ist auch richtig, dass wir ein Grundsatzprogramm haben und unterschiedlichste, teils sehr ausdifferenzierte und komplexe Wahlprogramme. Programme sind bei uns fließend: Sie werden nicht alle vier oder fünf Jahre statisch beschlossen, sondern unter Beteiligung aller Interessierten transparent und nachvollziehbar beständig weiterentwickelt.

Wege aus der Krise - durch Bewegungen zu gesellschaftlichem Wandel

Eine solidarische, partizipative und kooperative Politik ist der Schlüssel zur Schaffung einer solidarischen, partizipativen und kooperativen Gesellschaft, die auf die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche auf Basis der Freiheit der Einzelnen setzt. Eine Aktivierung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger zur durch verbriefte Rechte gesicherten Beteiligung am demokratisch gestalteten Gemeinwesen ist der entscheidende Schritt, um eine Überwindung der derzeitigen Dauerkrise voranzutreiben. Nur durch Fokussierung großer Bewegungen durch Nutzung demokratisch koordinierter „Schwarmintelligenz“ kann ein totaler Zusammenbruch unseres derzeitigen System verhindert und der Weg zu komplexen Lösungen geebnet und ausgestaltet werden. Eine „Mitmachpartei“ wie die Piratenpartei ist dafür ein zukunftsfähiges Modell.

Von diesen Überlegungen her rühren etwa die programmatische Aussage der Piratenpartei für ein bedingungsloses Grundeinkommen (bGE) und umfassende ökologische Nachhaltigkeit als Schlüssel für die Freiheit der Einzelnen: Jeder Mensch soll so, unabhängig davon, ob er einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nicht, in die Lage versetzt werden, jetzt und auch in Zukunft noch seinen Beitrag zur Gesellschaft leisten zu können und Teilhabe an allen gesellschaftlichen Gütern zu erhalten, da dies die Voraussetzung für seine Beteiligung am demokratischen Allgemeinwesen auf dem Boden unseres Grundgesetzes ist. Wenn dies ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ sein kann, dann sei es so, aber der Begriff ist belastet und vergiftet. Ich bin auf der Suche nach einem neuen.

- - -